

Streng vertraulich

INFORMATION

Nr.

VON

Streng vertraulich

78/III

2

13. 3. 1990

Gespräche DDR - BRD

Die Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretungen der DDR erhielten von Staatssekretär Dr. Fleck folgendes Telegramm:

1. Zur persönlichen Information über Gespräch mit Politischem Direktor Auswärtigen Amtes BRD, Kastrup, am 9. 3. 1990 in Berlin:

- Gespräch diene Vorbereitung Verhandlungen sechs Staaten entsprechend Ottawa-Formel. Im Mittelpunkt standen Verfahrensfragen. Dabei wichtigste Übereinkunft, daß Beschlußfassung über alle Fragen im Konsens.

Nach erstem Treffen in Bonn am 14. 3. soll nächstes Treffen der Sechs nach Wahlen in DDR in Berlin sein. Deutsch-deutsche Gespräche sollen jeweils parallel zu Sechsergesprächen geführt werden.

- Zu von DDR als nicht akzeptabel charakterisiertem Vorgehen nach Artikel 23 BRD-Grundgesetz (Anschluß) wurde von BRD-Seite erklärt, Vereinigung müsse so erfolgen, daß Stabilität in Europa nicht gefährdet. Voraussetzung sei völlige Gleichberechtigung. Äußere Aspekte deutschen Einheit seien unabhängig von staatsrechtlichem Weg Vereinigung, müßten aber geklärt sein, bevor Einheit politisch und rechtlich vollzogen.

- Hinsichtlich Beteiligung anderer Staaten, insbesondere Polens, formelle Beteiligung an Mechanismus 4 + 2 abgelehnt. Wolle zu gegebener Zeit überlegen, wie man berechtigten Interessen Polens Rechnung tragen könne. Es werde keine Polen betreffende Entscheidung ohne dessen Beteiligung geben.

Zur polnischen Westgrenze verwiesen auf Bundestagsresolution 8. März.

- Zu sicherheitspolitischem Status vereinigten Deutschlands Beharren auf Mitgliedschaft im westlichen Bündnis, ohne dessen Einrichtungen auf heutiges Gebiet DDR auszudehnen. Wolle aber aus Veränderungen in Mittel- und Osteuropa keine einseitigen Vorteile ziehen. Insofern Einverständnis, daß sicherheitspolitischer Status unter Berücksichtigung vier Mächte sowie insbesondere Nachbarstaaten zu klären.
- Ablehnung Forderung DDR, daß im Ergebnis 2. Weltkrieges entstandenen Eigentumsverhältnisse (Schreiben Modrow-Kohl) im Interesse Stabilität Einigungsprozesses unangetastet bleiben sollen. Ebenso mit Nachdruck dagegen, diese Frage bei Gesprächen 4 + 2 aufzuwerfen. Frage gehöre in Bereich bilaterale Verhandlungen.
- Einverständnis, daß alle wesentlichen Elemente (Grenzen, sicherheitspolitische Aspekte, Ablösung Viermächte-Rechte, Einbindung im gesamteuropäischen Prozeß) in einer Art friedensvertraglichen Regelung völkerrechtlich verbindlich im Rahmen 4 + 2 zu erarbeiten.

BRD erst nach Volkskammer-Wahlen bereit, gemeinsame Kommission zu allen äußeren Aspekten zu schaffen.

2. Für diplomatische und Öffentlichkeitsarbeit gelten weiterhin Schwerpunkte, wie im FS über Modrow-Besuch in Moskau übermittelt.

Insbesondere:

- etappenweises, berechenbares, nicht überstürztes Vorgehen in Einigungsprozeß;
- schnellstmögliches Einordnen in Herausbildung neuer Sicherheitsstrukturen in Europa,
- Bereitschaft DDR zur Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen sowohl Nachbarstaaten als auch übrigen europäischen Länder,
- Forcierung Abrüstung zur Erleichterung Bestimmung militärischen Status künftigen Deutschlands, der weder Stabilität noch Gleichgewicht in Europa gefährdet.